

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauschrift: Tageblatt Riesa.
Sekretär Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postgeschäft: Dresden 1300
Girofasse Riesa Nr. 52.

Nr. 134.

Montag, 12. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Druckerlohn. Einzelnummer 1,50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Gründschrift-Zeile (5 Silben) 4,50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachmehrungs- und Vermittlungsbüro 1 Mark. Alle Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfüllt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturschrift. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage: "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verkäufer oder der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

62. Hauptversammlung des Sächsischen Landesverbandes „Gabelsberger“.

Der Sächsische Landesverband „Gabelsberger“ hatte für 1922 Riesa als Tagungsort ausgesucht, und der hiesige Stenographenverein „Gabelsberger“ hatte es sich demgemäß zur Aufgabe gemacht, der Tagung einen würdigen Rahmen zu geben. Der Weitergott zeigte sich dem Bemühen zwar nicht sehr wohlneigung, immerhin aber wird der Verein mit Genugtuung feststellen können, dass seine Mühen und Opfer durch einen schönen Verlauf der Tagung belohnt worden sind. Der Stenographentag hatte 375 auswärtige Teilnehmer in unserer Stadt zusammengeführt.

Nachdem am Sonnabend vormittag eine Sitzung des Gesamtvorstandes und nachmittags Sitzungen der Vorstände der Sächsischen Gauverbände und des Vorstands des Collin-Gauverbandes abgehalten worden waren, versammelten sich die Abgeordneten abends 6 Uhr im Hotel Höpner zur Vertreterversammlung.

Vertreten waren 208 Vereine. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Herr Regierungsrat Dr. Blawert, eröffnete die Versammlung und berichtete kurz über die am Vormittag stattgefundene Gesamtverbandsitzung. Hierauf entbot der Vorsitzende des hiesigen Stenographenvereins, Herr Lehrer Reuther, Riesa, den Abgeordneten einen herzlichen Willkommenstrunk. Riesa sei zwar nicht in der Lage, so viel Schones und Interessantes zu bieten wie eine Großstadt oder der schöngelagerte lezte Tagungsort Pirna, der hiesige Verein sei aber doch bemüht gewesen, den Gästen den Aufenthalt angenehm zu gestalten. Er dankte der Einwohnerschaft für die erwiesene Gastfreundschaft sowie den städtischen Ämtern, einer Anzahl Firmen und Einzelgewerbe, die durch größere Zuwendungen die Ablösung der Landeshauptversammlung in Riesa und die Stiftung von 4000 Mark und einer schönen Tischdecke für das Preisbeschreibere ermöglichten. Zum Schlus wünschte er der Hauptversammlung und der Vertreterversammlung einen guten Verlauf.

Es wurde nunmehr in die Tagesordnung eingetragen und zunächst die am 4. September v. J. in Chemnitz erfolgte Wahl der Mitglieder der geschäftsführenden Stelle bis 1923 bestätigt. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, dass die Vereine und Verbände im letzten Geschäftsjahr vor allen Dingen zwei Fragen beschäftigt haben: die Einheitssteno-graphiebewegung und die Neuorganisation der Gabelsbergerischen Schule. Der Verband hat in einer Entschließung der sächsischen Regierung gegenüber seinen Standpunkt in der Frage eines Einheitsystems dahin zum Ausdruck gebracht, dass er den vorgelegten Einigungsentwurf der Reichsregierung als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen hält, mit Absicht auf die weite Verbreitung des Gabelsbergerischen Systems in Sachsen aber wünscht, dass der Entwurf noch mehr dem Gabelsbergerischen System angepasst wird. Dem Werbverein des Stenographenbundes, der die Mittel zur Verbreitung des Systems Gabelsberger in den Teilen von Deutschland ausbringen soll, was es noch in schwerem Kampfe gegen andere Systeme schafft, sind bis zum 20. März 1922 im ganzen 15 500,00 Mark zugesprochen, davon allein 5017 Mark, also über ein Drittel, aus Sachsen. Die höchste Auszeichnung, die der Sächsische Landesverband zu vergeben hat, die Hölz-Denkunke in Bronze, wurde an 10 Herren verliehen, darunter an Herrn Schriftsteller Göbel in Dresden, einem ehemaligen Mitglied des hiesigen Stenographenvereins. Über die Münzleiderbewegung vermachte der Jahresbericht ebenfalls erfreuliche Berichten. Anfang Mai 1922 setzte der Verband sich aus 408 Vereinen und Verbänden zusammen, das sind 15 mehr als am 31. Dezember 1920. Der Rassenbericht schloss in Einschätzungen und Ausgaben mit 25 250 Mark ab. Das Vermögen der Clemens Ahnert-Stiftung beläuft sich auf 10 214,90 Mark, das der Heinrich Krieg-Stiftung auf 3997,85 Mark. Eine vorgenommene Sammlung zugunsten der Heinrich Krieg-Stiftung und der Clemens Ahnert-Stiftung ergab 1171 Mark. Die Rechnung wurde richtig gesprochen und dem Vorstand entlastet. Es wurde hierauf in die Beratung des Haushaltplanes für 1922 eingetreten. Ein Antrag des Vorstandes, dass vom 1. Juli 1922 ab das Halten des Korrespondenzblattes und seiner Beiblätter nicht mehr Sache des Landesverbandes sein solle, das vielmehr die Vereine verpflichtet seien, für die zweite Hälfte des Jahres den Abonnementssatz für das Korrespondenzblatt selbst zu bezahlen, wurde abgelehnt. Angesommen wurde ein Antrag, die Zusätze zu den Beiblättern des Korrespondenzblattes wegfallen zu lassen, ferner ein weiterer Antrag, den Jahresbeitrag für 1922 auf 2 Mark pro Vereinsmitglied zu erhöhen. Beim Vorstand lagen abdann folgende Anträge vor: 1. Die Bestimmungen über die Preisaufgaben unter 1 sind wie folgt zu ändern: a) für die 1. Abteilung erste Preise zu je 200 Mark, zweite Preise zu je 100 Mark, dritte Preise zu je 50 Mark; b) in den Abteilungen 2 (Rechtschrift) und 3 (Verkehrsschrift) erhalten die Preisträger nur Diplome. Bei vollständig fehlerlosen Arbeiten können ihnen Preise zuerkannt werden, und zwar für die 2. Abteilung von je 50 Mark, für die 3. Abteilung von je 80 Mark. 2. Diese Bestimmungen treten am 1. Januar 1922 in Kraft. Diese Anträge wurden mit folgenden Bemerkungen angenommen: 1. Der Preis für die beste Arbeit in Abteilung 1 wird auf 300 Mark erhöht und diese Arbeit ist Eigentum des Landesverbandes und wird dann veröffentlicht. 2. In Abteilung 2 werden nach Gutachten des Preisrichter Ehrenpreise im Betrage von 50 Mark verkannt. Angenommen wurde der Antrag des Vorstandes, die „Mitteilungen aus Sachsen“ mehr als Unterhaltungsblatt auszubauen. Die endgültige Entscheidung hierüber bleibt der Herbstvertreterversammlung vorbehalten. Hierauf wurde der Haushaltplan für 1922 mit den beschlossenen Rendertungen an-

genommen. Vom Vogtländischen Stenographenverband lag der Antrag vor, Herrn Professor Regierungsrat Ahnert, Dresden, zum Ehrenmitglied des Landesverbandes zu ernennen. Nachdem der Vorsitzende in warmen Worten die Verdienste des Herrn Regierungsrat Ahnert um den Landesverband gewürdigat und hierbei mitgeteilt hatte, dass Herr Regierungsrat Ahnert in diesem Jahre sein goldenes Stenographenjubiläum feiern könne, wurde der Antrag des Vogtländischen Stenographenverbands unter lebhaften Beifall der ganzen Versammlung angenommen. Als Ort für die nächste ordentliche Hauptversammlung wurde Werda gewählt. Die Versammlung wandte sich hierauf der Beratung der Sächsischen Ausführungsbestimmungen zu den Rassischen Richtlinien zu. Am 31. Juli 1921 hat der erste Vertretertag des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger in Rassel Richtlinien für die Neuorganisation des Bundes aufgestellt, durch die eine straffere Gliederung aller dem Bunde angehörigen Verbände und Unterverbände erreicht werden soll. Nach Riffel 12 der Richtlinien kann sich der Sächsische Landesverband wieder in Unterverbände gliedern. Die Entscheidung darüber, ob er das tun will und welche Unterverbände er ernennen will, sollte auf der Hauptversammlung in Riesa getroffen werden. Die geschäftsführende Stelle hatte zu diesem Zweck Ausschreibungen über die Abgrenzung der Gebiete der sächsischen Unterverbände aufgestellt, denen eine Kartenablage beigegeben war. Darnach sollte sich der Landesverband Sachsen in 15 Unterverbände gliedern. Nach langer Ausprache beschloss die Versammlung, die Ausführungsbestimmungen noch nicht zum Gesetz zu erheben, sondern die geschäftsführende Stelle zu beauftragen, alle in der Versammlung und im Verlaufe der Aussprache in der Vertreterversammlung geäußerten Wünsche und Anregungen zu prüfen und der nächsten Hauptversammlung eine neue Vorlage zu unterbreiten. Die vorgeschlagenen Sachvorschläge wurden angenommen und beschlossen, dass die Sitzungen am 1. Januar 1922 in Kraft treten sollen. Der Antrag des Vereins von 1846 Leipzig, bet. Stenographie schrifterpräfung in Leipzig, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag desselben Vereins, bet. Jahrbuch, angenommen. Nach einer Aussprache über die Preisordnung erhielt einen 2. Preis Gustav Koch vom Stenographenverein Großröhrsdorf und eine Belohnung Martha Michael vom Stenographenverein Dresden Zhd. In der 2. Abteilung Rechtschrift gelangten zur Verteilung ein 1. Preis, sechs 2. Preise und vier 3. Preise. Das Ergebnis der 3. Abteilung wird in den „Mitteilungen aus Sachsen“ veröffentlicht werden.

Herr Lehrer Reuther überbrachte die Wissensgründes des hiesigen Stenographenverbands und dankte besonders den Mitgliedern des Ehrenausschusses für die freudliche Begrüßung und die nachmalige für die der Tagung von den verschiedensten Seiten zutreff geworbene Unterstützung. Herr Lehrer Reuther überbrachte die Wissensgründes des hiesigen Stenographenverbands und dankte besonders den Mitgliedern des Ehrenausschusses für die freudliche Begrüßung und die nachmalige für die der Tagung von den verschiedenen Seiten zutreff geworbene Unterstützung. Es folgten hierauf Mitteilungen aus dem Jahresbericht und über die am Sonnabend abends abgehaltene Vertreterversammlung. Zur Frage der Einheitssteno-graphie wurde hierbei vom Vorsitzenden ausführlich, der Entscheidung hierüber, sie mögliche ausfallen wie sie wollte, verdeutlicht. In Zukunft wird in den „Mitteilungen aus Sachsen“ die Einheitssteno-graphie, so leben wie in Sachsen im Interesse des ganzen Volkes herzu, das unbedingt notwendige Opfer unserer Überzeugung zu bringen, kommt sie aber nicht, so werde das und in Sachsen auch recht sein, da wir hier die Einheitssteno-graphie hätten. Herr Regierungsrat Brauweiler begrüßte die Verordnung des Ministeriums, das alle Staatsbeamten die Steno-graphie zu erlernen haben, notwendig ist jedoch, dass die Verordnung gleichmäßig durch alle Regierungen erlassen werde. In einem Zusammenhang damit steht allerdings die Frage der Einheitssteno-graphie. Es folgten hierauf Berichte der Vertreter über die Errichtung der Preisurteile. In der 1. Abteilung wissenschaftliche Aufgaben erhielt einen 2. Preis Gustav Koch vom Stenographenverein Großröhrsdorf und eine Belohnung Martha Michael vom Stenographenverein Dresden Zhd. In der 2. Abteilung Rechtschrift gelangten zur Verteilung ein 1. Preis, sechs 2. Preise und vier 3. Preise. Das Ergebnis der 3. Abteilung wird in den „Mitteilungen aus Sachsen“ veröffentlicht werden.

Die neue Preisaufgabe für die 1. Abteilung wissenschaftliche Aufgabe lautet: „Wie könnte die Steno-graphie bei sächsischen Behörden noch nutzbringend verwendet werden?“

Nachdem hierauf noch die Namen der mit der Ehren-Denkunke ausgezeichneten Verbandsmitglieder bekannt gegeben worden waren, erging Herr Studentenrat Heinz, Dresden, das Wort zum Dankeswort: „Von der Rune bis zum Kanzleischriftzeichen.“ (Streitfrage durch die Entwicklungsgeschichte der deutschen Schreibschrift.) Der Redner begann seine ungewöhnlichen und allgemein verständlichen Ausführungen mit dem Hinweis darauf, welche große Kulturstellung das Schreiben für unser Volk gewesen ist, um sodann in großen Zügen ein Bild von der Entwicklung unserer Schreibschrift zu geben. Alle Söhne, die in den Baunten der sächsischen eingetreten seien, hätten mehr oder weniger selbständige eine Schrift entwickelt. Dies ist natürlich die Rune gewesen. Das Alphabet der alten Germanen ist etwas Selbstverständliches gewesen und habe das griechische und römische Alphabet beeinflusst. Er machte auf besonders interessante Buchstaben des Alphabets der alten Germanen aufmerksam und erklärte ihre Entstehung und der Bilderschrift. In seinen weiteren Ausführungen zeigte er den Einfluss des römischen Alphabets, von der katholischen Kirche nach Norden getragen, den Einfluss des gotischen Alphabets, das zurückgeht auf die karolingischen Runen und an dem die Nachahmung des gotischen Baustils in den Buchstaben ausspielt, dann wieder die Radition von Süden, den Einfluss des humanistischen Alphabets Karikaturistik nach Norden, dem der weitere Ausbau des gotischen Alphabets in der jungen Kanzleischrift folgt, die grundlegend für unsere moderne Bruchschrift wurde. An einigen Buchstaben, besonders dem S, zeigte er ähnlich noch, wie Gabelsberger bei seinen Formen bestimmt worden ist von unserer Kurrentschrift. Reicher und wohlbewerteter Beifall folgte den hochinteressanten Ausführungen. Damit hatte die Hauptversammlung 12 Uhr ihr Ende erreicht. Es fand im Anschluss daran ein gemeinsames Mittagessen statt, das eine zahlreiche Beteiligung aufzuweisen hatte.

Nach 16 Uhr begann im Hotel Höpner das gutbesuchte Festkonzert.

Die reichhaltige und abwechslungsreiche Vortragordnung war ganz dazu angelegt, allen Erwachsenen einen genügend Abend zu bieten, der für die Tanzlustigen seine Krönung in einem Ball fand. Für Musik war die Vereinskapelle des „Orpheus“ bemüht, und sie bot sehr ansprechende Gaben dar. Mit einem virtuos gespielten Kolophon-Solo erfreute Herr Salzmann auf, der dafür tosenden Beifall erntete und zu einer Zugabe sich verheben musste, der Männergesangsverein „Orpheus“ und dessen Doppelquartett erfreute durch eine Anzahl gehaltvoller, schöner Gesänge. Viel Anklang fanden auch die Vorträge am Podium von Mitgliedern des Turnvereins Riesa. Der Vereinsvorsitzende, Herr Lehrer Reuther, begrüßte die Erwachsenen und sprach allen Mitwirkenden den Dank des Vereins aus.

Im Verlaufe des Abends gab Herr Döbbelin, Dresden, die Ergebnisse der am Vormittag stattgefundenen Wettschriften bekannt. Die Zahl der Teilnehmer hat 250 betragen. Abgegeben worden sind 200 Schnellschriftarbeiten und 150 Rechtschriftarbeiten. Ergebnisse: 200 Silben (10 Arbeiten abgegeben); 1. Preise: Susanne Eisold, Dresden, 1. Damen-Verein; Alfred Lehme, Dresden-Grießhügel und Dresden

kaufmännischer; Hellmuth Lippert, Dresden-Johannstadt; Bruno Krause, Leipzig-Altbau im Volkswohl; 2. Preis; Erna Gräss, Leipzig-Ost; Helene Schönau, Dresden, Centralverein Dresden; Max Horn, Grohröhrsdorf; Clemens Andreis, Dresden-Neubau; Ernst Hartwig, Dresden-Johannstadt; 3. Preis; Max Ebert, Döhlen; außerdem zwei Velpbühnungen, 220 Silben (6 Arbeiten abgegeben); 1. Preis; Richard Klinger, Bittau Club; Else Schumann, Oliva, Döhlenverein; 2. Preis; Gertrud Grellmann, Pirna 1902; Paul Müller, Arnsdorf (Mitglied des Vereins Dresden Kaufmännischer); 240 Silben (4 Arbeiten abgegeben); 3. Preis; Karl Werner, Bittau "Gabelsberger"; Helene Beesin, Leipzig "Gabelsberger"; außerdem 1 Velobühnung, 260 Silben (1 Arbeit abgegeben); 2. Preis; Willi Blümer, Leipzig "Gabelsberger"; 340 Silben (1 Arbeit abgegeben); 3. Preis; Gisela Dürrle, Leipzig "Gabelsberger". Ferner sind Arbeiten abgegeben worden in den Abteilungen 180 Silben, 100 Silben, 50 und 120 Silben 71. Die Preise dieser Arbeiten, sowie die für das Rechtschreiben sollen in der nächsten Nummer der "Mitteilungen aus Sachsen" bekannt gegeben werden. Herr Döbelin sprach namens der geschäftsführenden Stelle allen Preisträgern die herzlichsten Glückwünsche aus.

Eine Dampferfahrt nach Meißen beschloß am heutigen Montag die in allen ihren Teilen wohlgesungene Landestagung.

Dörfliches und Sächsisches.

Miesa, den 12. Juni 1922.

* Dienstjubiläum. Herr Ober-Gütervorsteher Morauer, gegenwärtig bei der Güterabteilung im Hafen tätig, feierte heute sein 40-jähriges Dienstjubiläum.

* Schulauskunftsprüfung. Mittwoch, 14. Juni, nachm. 4 Uhr findet im Rathausitzungssaal öffentliche Schulauskunftsprüfung statt. Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

* Liebstahl. In der Nacht zum 11. Juni d. J. sind aus einem Grundstück der lieblichen Feldstraße eine bösartige Riesenblatt von weißer und grauer Farbe mit 8 Zungen im Alter von 5 bis 6 Wochen gestohlen worden. Von den Zungen waren 4 von weißer und grauer und die anderen von weißer und dunkelgrauer Farbe. Da die jungen Raubluren zweifellos zur Nacht oder zur Weitveränderung verwendet werden, wird gebeten, von sachdienlichen Wahrnehmungen die biegsige Kriminal-Abteilung in Kenntnis zu setzen.

* Postsendungen nach Landorten. Die Nachrichtenstelle der Ober-Postdirektion teilt mit: Bei Postsendungen nach Landorten (Orten ohne Postanstalt) wird der Name der Postanstalt, zu deren Bestellbereich der Bevölkerungsraum gehört, in der Aufschrift häufig nicht oder unrichtig angegeben. Dadurch werden Verschleppungen verursacht, die empfindliche Verzögerungen zur Folge haben können. Es ist notwendig, daß die Bevölkerung aufmerksam bleibt unter dem Landort deutlich angegeben und durch Unterstrichen hervorgehoben wird.

* Reichsverband Jungmänner. Die Nachrichtenstelle der Ober-Postdirektion teilt mit: Bei Postsendungen nach Landorten (Orten ohne Postanstalt) wird der Name der Postanstalt, zu deren Bestellbereich der Bevölkerungsraum gehört, in der Aufschrift häufig nicht oder unrichtig angegeben. Dadurch werden Verschleppungen verursacht, die empfindliche Verzögerungen zur Folge haben können. Es ist notwendig, daß die Bevölkerung aufmerksam bleibt unter dem Landort deutlich angegeben und durch Unterstrichen hervorgehoben wird.

* Die Linksparteien gegen die Regierung entscheiden. Die sächsischen Kommunisten haben entdeckt, daß auch im roten Sachsen mit Friede zum Kriegs-Putsch gerüstet wird. So berichtet wörtlich das Dresdner Kommunistische Volksblatt in Nr. 131. Schade nur, daß niemand sonst etwas von diesen Rüstungen bemerkt hat. Das Blatt beruft sich auf Beweise darauf, daß — in Chemnitz — vom 1. bis 3. Juli ein Regimentstag des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 104 abgehalten werden soll! "Die Regierung fordert ihre 'Landesknechte' auf: Kommt alle nach Chemnitz! Die Parole klingt genau so wie die Aufrufe zu den Kampfexpeditionen der italienischen Faschisten." Das Volksblatt fügt hinzu, daß auch in Plauen vom 17. bis 19. Juni ein Regimentstag des ehemaligen Königl. Sächs. Infanterie-Regiments Nr. 134 stattfinden wird. Die sächsische Arbeiterschaft werde durch die Rorystage unmittelbar bedroht! Von der Regierung wird daher ein sofortiges Verbot der Regimentstage und durchgreifende Maßnahmen gegen alle ähnlichen Veranstaltungen der Gegnerrevolution gefordert. Die mehrheitssozialistische Chemnitzer Volkszeitung blättert in daselbe Horn, indem sie schreibt: "Wir können heute schon sagen, daß die Wehrheit der Chemnitzer Bevölkerung diese Provokationen nicht ruhig hinnehmen wird. Darüber müssen sich die reaktionären Drabtsieber klar sein, daß sie zu ihrem Regimentstag am 1. bis 3. Juli in Chemnitz einen Empfang haben werden, der sie kaum mit Freude erfüllen wird." Was würden die Linksparteien für ein Geschenk erheben, wenn von bürgerlicher Seite auch nur in ähnlichster Weise gegen sozialistische Veranstaltungen vorgegangen würde? Man sieht, die Kommunisten als Lehrlinge des Terrors haben in Sachsen gelebige Schüler gefunden.

* Max Schippel verteidigt sich. Im Ortsauskührer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte Max Schippel sich wegen seines Artikels über den Achtstundentag zu verantworten. Er führte u. a. aus, daß in dieser Frage unter der Arbeiterschaft noch große Unkenntnis bestünde. Die jetzt geltende Verordnung über den Achtstundentag dürfe nicht mit einem Gesetz verglichen werden. Die Verordnung sei zeitlich beschränkt und wäre bereits am 31. März d. J. verbindlich, wenn sie nicht nochmals um ein halbes Jahr verlängert worden wäre. An die Stelle der Verordnung müsse ein dauerndes Achtstundengebot treten, lieber die Ausnahmen müsse den Gewerkschaften ein erheblicher Einfluß eingeräumt werden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes müsse ganz wesentlich gehoben werden. Ob diese Hebung der Leistungsfähigkeit im Rahmen des absoluten Achtstundentags möglich sei, müsse stark bezweifeln. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die legitime Warenknappheit durch eine Warenabholung beigelegt werde. Die jegliche Demobilisationsperiode sei durch eine Wiederaufbauperiode abzulösen. Während dieser Zeit müßten die Gewerkschaften über dem Gesetz stehen, um einen entziehbaren Einfluß auf die Gestaltung der Ausnahmen zum Achtstundentag ausüben. Auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes habe erklärt, daß der Achtstundentag nicht sozialenhaft angewandt werden könne. — In der Ausprache wurden die Gedankengänge Schippels zum Teil abgelehnt, zum Teil gutgeheißen. Pawlowitsch meinte, die Gegner Schippels hätten bisher noch nicht gesagt, was nach dem 31. Oktober geschehen soll. Die Arbeiter sollten die "Wirklichkeit" unterlassen, um den Arbeitgebern die Möglichkeit zu nehmen, die Ausdehnung des Achtstundentags zu fordern. Ein anderer Redner wies darauf hin, daß in Finnland in einer Reihe von Berufen der Achtstundentag bestellt und der Neunstundentag eingeführt wurde. Da die finnischen Gewerkschaften durchweg unter kommunistischer Leitung stehen, hätten die deutschen Kommunisten kein Recht, gegen die Schippelschen Artikel Sturm zu losen.

* Neufestsetzung der Tariflöhne für die sächsischen Gemeindearbeiter. Die Bezirksabteilung für kommunale Arbeitertariflöhnen im Freistaat Sachsen hat am 8. Juni unter dem unparteiischen Vorsitz der Herren Regierungsrat Brand vom Sächs. Arbeitsministerium, Regierungsschreiber Dr. Opitz von der

Geschaftsleitung Dresden und Gewerkschaftsbeamten Mr. Freitag vom Buchdrucker-Verein entschieden, daß die Monat Mai festgesetzte Löhne der männlichen Gemeindearbeiter um 10% erhöht werden. Die Handarbeiterinnen erhalten 75%, und die ungelehrten Arbeiterinnen 60%, der Erhöhung des Handwerkerlohnes der betr. Ortsklasse. — Nach diesem Schiedsentscheid betragen die Spiegelöhne der Gemeindearbeiter vom 1. Juni 1922 ab

	A	B	C
für Handwerker	Mr. 20,50	19,70	18,70
für angelehrte Arbeiter	- 19,60	18,80	17,80
für ungelehrte Arbeiter	- 18,80	18,00	17,10
für Facharbeiterinnen	- 12,55	12,75	11,90
für ungelehrte Arbeiterinnen	- 11,75	11,10	10,80

An diesen Löhnen treten noch Abzugszulagen in Höhe von 75 Pf. für die Stunde und die Frauenzulage in Höhe von 25 Pf. für die Stunde.

* Die angebliche Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangenen in Frankreich. WTB. meldet: Durch die immer wieder auftauchenden Gerüchte über die angebliche Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und in den französischen Kolonien veranlaßt, hat die Deutsche Botschaft in Paris erneut eine amtliche Erklärung hierüber von der französischen Regierung erhalten. Aus der französischen Antwort geht hervor, daß sich außer den nach Artikel 218 und 219 des Vertragssatzes wegen Vergessen zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen keine weiteren Kriegsgefangenen in Frankreich oder in seinen Kolonien und Protektoraten befinden. Die noch in Frankreich zurückgehaltenen 28 deutschen Kriegsgefangenen sind der Deutschen Regierung momentan bekannt und Gegenstand ihrer dauernden Fürsorge. Sie stehen mit ihren Angehörigen in dauernder Verbindung.

* Ablehnung von städtischen Sozialsteuern. Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks schreibt: "Nach dem Vorbild von Chemnitz und Leipzig gingen zahlreiche Städte und Gemeinden dazu über, zur Deckung der sozialen Lasten von den gewerblichen Betrieben eine Abgabe von 1 Prozent der gezahlten Löhne an Arbeiter, Beamte und Dienstboten zu erheben. Auch in Dresden war die Einführung einer derartigen Sozialsteuer beschäftigt; der Name ist durchaus verständig, denn es handelt sich, im Grunde genommen, um eine neue Gewerbesteuer. Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks erobt bereits auf seiner Mitgliederversammlung am 7. April dagegen energetischen Einpruch bei den zuständigen Landes- und Reichsbehörden unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das Landesgewerbebelebungsverbot verstößt. Das sächsische Finanzministerium hatte bis jetzt diesen Einwand als berechtigt anerkannt und dieser Sozialsteuer die Genehmigung verliehen. Nunmehr hat aber auch der Reichskommissar entschieden, daß die Sozialsteuer den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes zuwiderläuft, da überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Es ist sehr erfreulich, daß diese neue Gewerbesteuer nicht genehmigt wurde, da berechtigter Anlauf zu der Befürchtung vorlag, daß sie zu einer Erdrosselung unter der Begründung, daß die neue Steuer gegen das

seinem Standpunkt. Frankreich ist der Ansicht, daß die russische Frage nicht aufgeklärt werden kann, bevor der grundlegende Konflikt zwischen dem kommunistischen und kapitalistischen Regime ausgeschaltet ist. England dagegen bleibt der Methode der Erfahrung treu, es will die russische Frage wie die österreichische und polnische behandeln, es will von einem Gegenseitig der Prinzipien absieben, um rein praktische Kombinationen vorzusehen, auf die Gefahr hin, in Zweideutigkeiten zu geraten, wie es seit einem Jahre zwischen London und Dublin der Fall ist.

Weitere französische Pressestimmen zum Anleihescheitern.

(Paris.) Der „Temps“ bemerkt zur Stellungnahme des belgischen Delegierten im Internationalen Anleiheausschus, der Gegenstand, der in dem Anschluß aufgetreten sei, bestreite nicht zwischen Belgien und Frankreich; er bestehe zwischen dem Vorstand des Internationalen Anleiheausschusses und der belgischen Regierung. Diese habe noch ganz klarlich auf neue erklärt, daß sie ihre Forderung an Deutschland nicht wieder anstreben lassen. Das „Journal des Débats“ hält fest, daß durch den Anleiheausschuss Ideen in Umlauf gebracht worden seien, die noch auf keiner Konferenz zur Sprache gekommen seien. Vlond George müsse mit Bekämpfung einiges von seinem System und seiner Methode in dem Bericht des Anleiheausschusses wiederholen und es begrüßt haben, daß der Ausschuß diesen Auflösungen eine Verbreitung gebe, die er ihnen selbst zu verschaffen nicht imstande gewesen sei. „Echo de Paris“ schreibt bei Befreiung des Berichtes des Internationalen Anleiheausschusses: Was wird die französische Regierung tun? Die Linie ihrer Politik ist festgelegt. Sie wird sich bemühen, eine vollständige Lösung des Reparationsproblems ins Werk zu legen, Lieferungen und Arbeitskräfte verlangen, ferner die Beschlagnahme der ausländischen Deutzen in deutschem Reich, die Organisation einer Kontrolle zur Sanierung der deutschen Finanzen, die ebenso streng sein müsse, wie die militärische Kontrolle, die 1920 eingestellt wurde. Wenn die Deutschen sich nicht rügen, wird Frankreich unabhängig von den Alliierten vorgehen.

Beratungen in Pretoria.

(London.) Eine Neuermeldung aus Pretoria zuholte wurden dort fünf hervorragende Nationalisten wegen Hochverrats verhaftet.

Einigung in Peking eingetroffen.

(Peking.) (Reuter.) Einigung, die von der Militärpartei im Jahre 1917 als Präsident abgesetzt worden war, hat aus Tientsin in Peking eingetroffen, die Präsidentschaft übernommen.

Das neue japanische Kabinett.

(Tokio.) (Reuter.) Der neue Premierminister Kato tritt sein Amt mit einem seiner Partei angehörenden Kabinett an, dessen Absicht es ist, das auf der Washingtoner Konferenz geschlossene Abkommen in vollem Umfang anzuführen und das Heeresbudget um vierzig Millionen Yen zu vermindern.

Bermischtes.

Großfeuer in Hamburg. Sonntag vormittag brach auf dem Holzlagplatz der Altenfirma Andreßen u. Jochimsen in Altona ein Großfeuer aus, das viele Häuser der umliegenden Häuser zerstörte. Den Anstrengungen der Feuerwehr, die aus 34 Schlauchen Wasser gab, gelang es, die Gewalt des Feuers zu brechen. Drei Pferde sind verbrannt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Schaden beläuft sich auf in der Millonen.

Zum Tode verurteilt. Im vergangenen Jahre wurde der Wiener Fabrikant Eugen Brenner, der mit seinem Automobil von Wiener-Neustadt nach Wien zurückfahren wollte, durch einen über die Straße gewandtes Schild gefohlt, während der Chauffeur mit Verlegungen davon kam, weil er sich im letzten Moment noch rasch blätterte. Der

Mörder wurde in der Person des Goldbarbers Johann Globis in Holschau in der Tisch-Somale verhaftet und von dem dortigen Schwurgericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Raubmord in Wien. Sonnabend abend haben sich in Wien zwei Raubmorde ereignet. Die Hausbesitzerin Therese Rath wurde von ihrem Manne in einer Blutlache aufgefunden. Alle Rästen und Tischläden waren zerbrochen und ausgeraubt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Der zweite Raubmord wurde an dem 73-jährigen Franz Hrdlicka verübt. Passanten bemerkten den Räuber, als er mit seiner Beute davon eilte, eilten ihm nach und hielten ihn fest. Er wurde festgestellt als der 25-jährige Photograph Rudolf Schiller. Der Mörder gab an, daß er stellungslos sei. Aus Not habe er den Entführer gefasst, einen Ahnmacher oder Juwelier zu berauben.

Erdbeben in Schweden. Ein außerordentlich steriles Erdbeben wurde Sonntag mittags kurz vor 2 Uhr in verschiedenen Orten der schwedischen Provinz Värmland beobachtet. Ein Erdbeben in dieser Stärke hat in Schweden seit 1904 nicht stattgefunden.

Wetter in der Pfalz. Durchbare Unwetter haben die Weltkatastrophe begünstigt. Wollenbruchartiger Regen verschämmte die Nieder von zahlreichen Gemüsearten. In den Häusern stand das Wasser zum Teil bis an der ersten Stock. Ein Landwirt von Gröditz wurde mit seiner Tochter von den Fluten überschwemmt und mit fortgerissen. Die Bäume ersanken auf der Strecke zwischen Gröditz und Schwarzenbach wegen Überflutung der Täume lange Verzögungen. Bei Annaberg wurde ein Tunnel verschüttet, so daß der Betrieb zunächst eingestellt werden mußte.

In den nächsten Tagen



wird der Brückträger zu unteren Vor-
gesieben kommen und das Bezugsgeld für
das nächste Quartal erbitten. Damit
eine Unterbrechung in der Ausstellung des
Miesauer Tageblattes zu Beginn des kommenden
Monats vermieden wird, empfehlen wir
die sofortige Erneuerung des Beugstreiches
beim Brückträger oder dem nächsten Post-
amt. — Vierteljährlicher Bezugspunkt des
Miesauer Tageblattes durch die Post frei
ins Haus 81. — Mark.

Turnen, Sport und Spiel.

31. Gauturnfest des S. Niederrhein-Turngaus (D. T.)
Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von den Fei-
tagen in Lommersheim. Die Vorbereitungen sind im vollen
Gange. Auf allen Turn- und Spielplätzen im Gau herrsch-
tet reges Leben, um Kraft, Gewandheit und Mut in jeder
Richtung zu fördern. Die folgenden Seiten mögen einen
Überblick der am bewältigenden turnerischen Arbeit am Fest-
tag geben. An erster Stelle steht der „Böllkampf“. Dieser umfaßt je 2 schwierige Pflicht- und 1 Kürübung am
Hochsack, Barren und Pferd. Anstelle der Kürübung am
Pferd ist eine Freilübung vorgesehen. Zu den genannten
Übungen gesellen sich ferner 3 volkstümliche Übungen:
(100 m Lauf, Weitsprung, Schleuderballwurf). —
Beim dem Böllkampf läuft ein „Neuntampf“ für Turner
über 40 Jahre. — Der „Dreikampf“ für Mitglieder seit

sich aus 150 m Lauf, Stadionläufe und Steinstoßen zusam-
men. — Wie bei früheren Jahren, so werden auch dies-
mal die Turnvereine in den Wettkampf treten. Für sie
sind vorgeschrieben 3 Gerätübungen (Reck, Barren, Pferd)
und 3 volkstümliche Übungen (75 m Lauf, Weitsprung,
Steinstoßen). Die Wertung aller Wettkampfübungen ge-
schieht nach der deutschen Turnordnung von 1922. — Da-
mit möglichst alle Vereine des Gaus zum Fest erscheinen,
ist ein Vereinskostüm geplant. In diesem wird sich vor
den Augen der Zuschauer ein eindrucksvolles Bild entrollen,
das so recht über den Turnbetrieb, wie er auf dem hei-
mischen Turnplatz gepflegt wird, Ausdruck gibt. — Da die
Gelegenheit gänzlich ist, sollen erstmalig im Gau Schwimm-
wettkämpfe, beliebig über 100 m, 11. Staffellwettbewerbe
(4 Bahnen über 50 m). — Allen Selbstverständnis ist noch
mitgeteilt, daß die Eisenbahn-Generaldirektion einen Zug
einlegen wird, der am Sonntag, d. 25. Juni, abends
11 Uhr vom Hauptbahnhof in Braunschweig 12 Uhr, in Nied-
rig 12", in Miesau 12" Uhr ankommt. Zur Mittagszeit gel-
ten die gewöhnlichen Fahrkarten 3. und 4. Klasse. —

8. M. C. G. Faustball. Die 2. Klasse feierte gestern ihre Ausscheidungsspiele in Gröditz und Lommersheim fort und erreichte folgende Ergebnisse: in Gröditz: Mts. Olchak 2. — 1. Tu. Miesa 2. 76 : 56. Mts. Olchak 2. — T. u. Spv. 62 Olchak 2. 59 : 41. T. u. Spv. 62 Olchak 2. — Tu. Gröditz 1. 76 : 85. 1. Tu. Miesa 2. — Tu. Gröditz 1. 55 : 78; in Lommersheim: Tu. Lommersheim 2. — Tu. Leuben 1. 87 : 37. Tu. Lommersheim 2. — Tu. Miesa 2. 30 : 41. Tu. Miesa 2. — Tu. Leuben 1. 51 : 54.

Miesauer Sportverein — Hellas-Chemnitz. Ein harter Kampf, der, beiderseits ohne System durchgeführt, unent-
schieden 1:1 endete, aber die heimliche Mannschaft handig
im Angriff vor dem Gegners Tor sah. Nur dessen glänzende
Verteidiger und ihr guter Torhüter verhinderten mehr als
einen Erfolg der Miesauer. Einer der gelegentlichen Durch-
brüche verbhalf Hellas durch Einrücken eines unsicher abge-
wehrten Balles zum Ausgleich. Der Miesauer Sportverein
ist also nun Kreismeister und nur durch Winkselfüge am
arischen Tisch könnte ihm der Titel kreativ gemacht werden.
War der Sportvereinschef schon vor dem Spiel von
ihrem Verein ein Blumenstrauß als Anerkennung für be-
wiesene Spielelei überreicht worden, so übergab nach dem
Spiel der Gauvorwesende Wagner dem Faustballpionier Nord-
sachsens, dem Eigeneule, dem Miesauer Sportverein, einen
stattlichen Krans. NSV 2. — Spv. Waldheim 1:2. NSV 3. — Grobbaulich 4:3. NSV 1. Jgd. — Hellas 1. Jgd. 1:0. NSV 2. Jgd. — DSC 2. Jgd. 5:0. NSV 1. Jgd. — DSC 1. Jgd. 1:1.

Nach Beendigung aller notwendigen Kreismeisterschafts-
spiele hat die Tabelle nun folgenden Stand:

Name	Spiele	Gew.	u.	verl.	Tore	Punkte
Miesauer Sportverein	6	5	1	—	13:4	11:1
Hellas-Chemnitz	6	3	1	2	17:13	7:5
Spv. Schneeberg	6	3	—	3	21:13	6:6
Spv. Gevers	6	—	—	6	3:24	0:12

Spieldienstleistung Miesa-Gröditz. 1. Mannschaft stand
gestern der 1. Elf des Sportvereins „Gute Mutter“ in
Meißen gegenüber und unterlag nach technisch überlegenem
Spiel 4:1. Die 2. Elf spielte gegen die gleiche Mann-
schaft 4:4. Jugendturnen: Die 1. Jugendelfe lieferte
in Nünchritz ihr leichtes Vokalspiel gegen Gröditz 1. Jgd.
und konnte den Sieg von 1:0 erringen. Die Mannschaft ist
somit Vokalmeister im Kreis Miesa. — Am kommenden
Dienstag steht der Vokalmeister des Kreises Miesa der 1. Jgd.
des Sportvereins Höderau im Herausforderungsspiel gegen-
über. Anstoß 17 Uhr (Schw. Platz).

Die erkannte Frau mit
Traktor, welche in Begleitung
ihrer Tochter am Sonnabend nach
Laden d. Frau Hofmann,
Miesa, Goethestra., den in
blau eingekleideten Karton
mit braunen Halbschuhen
widerrichtete sich genommen
hat, wird erneut, diese
Sachen sofort an Ort und
Stelle zurückzugeben, andernfalls
Strafmaß erfolgt.

Bertha's Wohnung
in Miesa. Zu erfragen
Schulstraße 19, Höderau.

Wir suchen baldmöglichst
einige möblierte
Zimmer.
Angebote erbittet
Aktiengesellschaft
Quochhammer
Abteilung Stahl- und
Walzwerk Miesa.

Strebl. Mann sucht zur
Gründung einer Lebens-
stellung 5000 M. Leibniz.
Angebote unter FN 9008
an das Tageblatt Miesa.

Violinbozen verloren.
Bitte abz. Dillen, Gröditz.
Bauchammer Str. 12.

J. Ehepaar sucht per bald
möbl. Zimmer
mit Nachgelegenheit.
Öfferten unter FN 9007
an das Tageblatt Miesa.

Ostermadchen
als Aufwartung zur Be-
auskünftigung eines 5 Jähr.
Kindes auf 5 Wochen
gesucht. Mietkosten
Wartburg, Neu-Gröditz.

Solides Fräulein sucht
möbl. Zimmer,
evtl. mit Mittagskost.
Angebote unter FN 9008
an das Tageblatt Miesa.

Suche für 17.
eine Magd
im Alter von 15—18 Jhd.
Vennevin, Zeithain.

Einige Arbeitstränen
und Kinder
s. Mützenversieben sucht
Hansch, Mergendorf.

Die Zeitungs-Anzeige
übersetzt
an Schnelligkeit alle
übrigen Reklamearten

Weltliches, anständiges
Mädchen
für soz. ob. spät. gesucht.
Hoher Lohn, beste Ver-
pflegung, sowie Dauer-
stellung zugesichert.
Frau Emilie Kratzke,
Hauptstraße 26.

Am Mittwoch, den 14. Juni, vorm. 11 Uhr
wird der Genossenschaftsbüro im Gut Nr. 15 zu
Lörensdorf öffentlich meistbiet. versteigert.
Die Sozialgenossenschaft.

von Lewiz, nicht gefällt, sagst du eben nein."

"Das habe ich schon getan, Onkel. Vater meint, daß
bestimmt er und nicht ich. Weihnachten soll Verlobung
und Oster Hochzeit sein."

"Doch du die Motten kriegst, Möbel. Wer hat denn
das ausgekehrt?"

"Vater sagte, Mama hätte den Assessor als einen vor-
züglichen und gebildeten Mann erkannt. Er wußt ganz
ausgezeichnet zu mir, es wäre eine glänzende Partie und
die Sache wäre erledigt. Auf einem der nächsten Höhe
will sich der Assessor erklären. Er wollte mich heute schon
für alle Tänze engagieren."

"Ich will mit deinem Vater reden, Kleine. Es wird
nichts, kein Gelehrte, wie es gekocht wird."

Dorothea schnüffelte die Loden.

"Du kennst Vater nicht. Er ist hart und unerbittlich,
wenn er etwas will, besonders noch, wenn es Mama
wünscht. Wenn es noch Mama gesangen wäre, hätte ich
gleich heiraten müssen. Sie ist froh, wenn ich aus dem
Hause komme. Vater fand, ich sei noch zu jung."

"Da hat er recht. Wenn du den Lewiz nicht magst,
Dorothea, dann braucht du ihn nicht zu nehmen. Bringen
kann dich kein Mensch"

"Doch" Dorothea schaute leicht zusammen. "Vater
wagt mich. Und Lewiz? Ach, Onkel, ich habe Angst
vor ihm. Er sieht mich immer so seltsam an, daß ich mich
rein zu Tode fürchte."

"Du armes Kind," tröstete die Tante. "Komm
doch auch noch mit solchen Geschichten. Na, ich komme
mit dem Onkel am Sonntag in einer Geheimratssitzung,
dann werde ich mal mit deinem Vater und mit der neuen
Mutter ein ernstliches Wörtchen reden und Onkel Gott-
helf auch."

"Versteht sich, versteht sich," bestätigte der Professor,
schon wieder in die "Bob" vertieft.

"Jetzt aber Möbel," ermunterte die Tante. "Na ja
gefällt das Träumal eben. Ihr könnet Dorothea Vogel
abholen und ein bißchen die Linden langbummeln, nach
dem Tiergarten zu. Die schönen Herbststage sind bald vor-
bei und der Winter ist lang. Hier habt ihr ja einer
Großchen, daß kommt ihr bei Kranzler ein Stück Apfel-
küchen essen."

"Und ich lege einen Sechser drauf," rief der Onkel.
"da kriegt ihr noch einen ganzen Berg Schlagsahne dazu."

"Damals waren in Berlin noch solch idyllische Gaststät-

"Da wird euch das Herzchen schon leichter werden."

Fortsetzung folgt.

Vereinsnachrichten

Kriegerverein "König Albert", Niesa. Morgen Dienstag 8 Uhr Hauptversammlung Elsterstraße. Spielvereinigung. Dienstag 7 Uhr Jugendvers. 8 Uhr Spielausübung- und Workoutsitzung. Mittwoch Training. Am 23. Juni findet 8 Uhr im Gath. "Gute Quelle" Halbjahresversammlung statt. Neuwahlen betr. Anträge sind bis 20. d. M. einzureichen an Walter Gündel, Niesa, Albertstr. 1. Unentbehrlich. Schuh wird statutärlich bekräftigt. Dienstnationale Frauennarzesse. Dienstag, 18. 6. Ausflug nach Paasch, dort Vortrag über Volkshegegen und Volksentwickel. 3.30 nachm. ab Trinitatiskirche. Gäste willkommen. Verein Erzgebirger u. Vogtländer, Niesa. Dienstag, 18. 6., abends, 9 Uhr Versammlung. Schloßbau. Frauenverein Gröba. Abreiseversammlung in Weitewitz am Montag, 19. Juni, nachm. 3 Uhr im Bahnhofs-Rest. Vortrag. Abt. Niesa 1.22 Uhr.

R. Richters Tanzunterricht

Bahrmanns Gasthof Müncchr. beginnt Montag, 19. Juni, abends 7 Uhr. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Nob. Richter, Gris. Rie.

Bahnhof Weissig.

Mittwoch, 14. Juni, 8 Uhr abends großes Konzert und Ball.

Freiwillige Versteigerung.

Mittwoch, am 14. Juni, mittags von 12 Uhr ab versteigere ich in Niesa, Villa Noch, wenig gebräuchte Model, meist Göcke und Aufbaum, also eine 15-teilige bessere Zimmerausstattung, Schränke, Tische, Schreibtische, Waschtische, Stühle, Spiegel, Kommode, Bettsofchen, Almohaden mit Marmorplatte, Einweckapparat, Gaslocher, 3 große Kronleuchter, Waschmaschine, Gartengrasmaschine, Messerwurm, Fleißermulde, Reisekoffer, Kopierpresse, Bilder, Reitstüber, Porzellan, Glasgeschirr, Vasen, Figuren und vieles andere.

Niesa, Albertstr. 9, am 9. 6. 1922.

Ernst Nürbchen, Versteigerer.

Stolzenfische Zwiebeln

empfiehlt billigst nur zentnerweise

H. Gruhle, Bismarckstr. 35a, Nr. 652.

Die Kirschblüte 1922

wird Sonnabend, 17. Juni, nachm. 2 Uhr meistbietend vergeben. Mittag. Taufschw. h. Gelgen.

Für erwiesene Ausmerksamkeiten zur Verlobung danken hierdurch herzlichst
Herrn May
Willy Goede.

Für die Ausmerksamkeiten auf lächlich unserer Verlobung danken zugleich im Namen unserer Eltern aufs herzlichst.

Alma Hofmann, Neuweida
Arno Böttcher, Poppitz.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir — zugleich im Namen unserer Eltern — herzlichst.

Weida, Juni 1922.
Richard Börner u. Frau Elsa geb. Bieger.

Für die vielen Ehrenungen, welche uns anläßlich unserer Silberhochzeit zuteil wurden, danken nochmals herzlichst.

Nürnberg, im Juni 1922.
Reinhold Hentschel und Frau geb. Reimer.

Für die uns in reichem Maße dargebrachten Ehrenungen und Geschenke anläßlich unserer Silberhochzeit sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

Niesa, 12. Juni 1922.
Max Wohlleben und Frau.

Gestern abend 1/11 Uhr verschied sanft und ruhig nach kurzem Krankenlager unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Gutsauszüglerin Frau

Henriette verw. Rabis

geb. Lehmann.
Zeithain, 12. Juni 1922.
In tiefer Trauer
Familie Ernst Rabis und Angehörige.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Jüng. Mädchen sucht Aufwartung. W.O. n. K 2010 an Tabl. Niesa.

Geübte Hölzerinnen für Wolle werden angenommen. Frau Selbstfischl. Albertstraße 3, 1.

Malergehilfen sucht Otto Bogetta, Müncchr. Telefon Merseburg Nr. 33.

Autischer der auch in Feldarbeit beworben ist, sucht H. Gruhle, Bismarckstr. 35a, Tel. 652

1 älterer zuverlässiger Mann ob. Invalid für fl. Werk und leichte Arbeit gesucht. Kurt Schmidt, Schützenstraße 33, 1. r.

Ein Hund zu verkaufen Niesa, Goethestr. 17, 2.

Eine Milchziege wird zu kaufen gesucht. Gärtnerei Neustadt. Pöbbiser Str. 24.

Gutmeliende, horizontale Ziege zu verkaufen. Merendorf Nr. 9.

 Ein großer frischer Frischfisch. port. junge, schwere, hochtragende und neuweltene

Rühe u. Kalben steht preisw. z. Verkauf. Georg Otto, Ostrau. Beraruf 173.

Flügel ist sofort zu verkaufen. Jof. Dillen, Gröba, Lautzhammerstraße 12.

Guterhaltener Promenadenwagen h. v. Weber, Pöbbiger Str. 2.

W. Sportliegewagen a. v. Weißer, Weißer Str. 11, 2.

Starles Vinoleum, so gebraucht, auch Stücke, aber noch zu verwenden, zu kaufen gesucht.

Walter mit. Ross, Gröba, Georgplatz, Fernspr. Niesa 377.

Sonstige Dr. med. C. in fl. soll und soll, hab. n. 1d

Justizbankpflege

Umwandlung Inns

Jurk-Jaffe

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Petersen. Weißel.

Heute unverzerrlich letzter Tag: "Der glühende Kristall" 4. Teil, sowie "Aus Nordkav ins Weiße Meer". Dienstag bis Donnerstag das gr. Doppel-Programm.

Nur 8 Tage! Zur Aufführung gelangt: Nur 8 Tage!

1. Das Weib und der Hampelmann herrliches Schauspiel in 5 Akten

2. Unter Alaskas Urwaldriesen tiefergründiges Drama in 5 Akten.

 Als Einlage: Periodisches Auftreten des Humoristen und Lebemann-Eben-Darsteller Iris Rügamer.

Aufführungen: 7 u. 9 Uhr. Eintritt 1/7 Uhr. — Da die Aufführung der enormen Länge dieses abwechselnden Programms ist rechtzeitiges Kommen erwünscht. Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Bach.

Kammerlichtspiele

Hauptstraße

CARO ASS



Nur noch heute:
Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels.

Ab morgen Dienstag bis Donnerstag:

Caro Njz 3. Teil

Bestien der Steppe

6 gewaltige Alte voller Sensationen neuer Gattung und Abkömmling.

Hauptrolle: Maria Wallau, gen.

der weibliche Eddie Polo.

Beginn der Vorstellung 7 und 9 Uhr.

Trio-Künstlerkonzert.

Um recht regen Besuch bitten der Besucher.

Schneewähe Klavierstimmungen. Hotel Wittiner Hof.

Wer nimmt

Wäsche zum Waschen aufs Land. Offert. unt.

L.N. 2011 an Zoebel. Niesa.

Blätterwelcher pulverisierte

Borax

ist wieder vorrätig, sowie

Schwan-Saisenpulver.

J. B. Thomas & Sohn,

Seifengeschäft.

Altkupfer Altmessing

kauf als Selbstverbrauch.

Franz Müller, Hauptstr. 53

Heu

sucht zu kaufen und holt auch selbst von der Wiese

H. Gruhle

Bismarckstr. 35a

Telefon 652.

Heu

kauf ab Wiese

X Osc. Hartwich. X

Heu kauf

Niesaer Waggonfabrik

Zeidler & Co.

Rundschönig

empfiehlt im einzelnen

und zentnerweise

H. Gruhle,

Bismarckstr. 35a. Tel. 652

Samtliche

Arzneikräuter

wie Kamillen, Nessel,

Solander, Lindenblüten usw.

verkaufen Sie am

vorteilhaftesten an die

Med. Drogerie

A. B. Hennecke.

Ab. N. W. Graeffe.

Kraut-Pflanzen

in allen Sorten noch

große Worräte.

Siedlers Gärtnerei

gegenüber dem Friedhof.

Kräutige Sal-

und Beifräutepflanzen

hat abgegeben

Nittergut Möhlis.

Erdbeeren

u. Standesalat

täglich frisch

Gröba, Streicherstr. 25

Kraut jed. Posten grüne

Stachelbeeren,

Erdbeeren und Rüben.

Friedr. Koch,

Hauptstraße 19.

H. Matthesheringe

bierfrüdig, das Feinste was

es gibt, empfehlen

Carl Planer, Gröba,

Otto Planer, Möhlis.

Morgen früh

frische Seeische.

Clemens Bürger.

Heute abend

1/8 Uhr nach

d. Schlehen

Versammlung

in der Schiekhalle (Sängerfest betr.)

W Dienstag

Gesellschaft

Die heutige Nr. umfasst

6 Seiten.

Schiffs. Ammoniak, 20,72 Proz. St.

Thomasmehl „Sternmark“

Knochenmehl, entliebt

Kalisalz und Kainit

empfehlen billigst jederzeit ab Lager Elsterstraße 7

H. G. Hering & Co., Fernspr. 130.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig.

Bilanz-Konto vor 31. Dezember 1921.

| Aktiva. | M | S | Aktiva. |
<th
| --- | --- | --- | --- |

Das Begräbnis der Anleihe.

Der Bankierausschuss hat in seinem Bericht an die Reparationskommission das Ergebnis seiner Beratungen niedergelegt. Man wird an diesem umfangreichen Dokument nicht nur den Takt bewundern können, mit dem die wirtschaftlichen Fragen von der Politik getrennt sind, sondern man kann in ihm die wichtigste Entscheidung erblicken, die von unbewußter Vernunft gefällt werden kann. Keine große Übereile ist da zu finden, mit der größten Sachlichkeit behandeln wirklich Sachverständige die schwierigste Frage der gegenwärtigen Weltkrise, und in Deutschland kann man es theoretisch wenigstens mit großer Veranlassung begrüßen, daß die besten Finanzschwörernden der Welt zu keinen andern Schluß kommen als zur Beschränkung der Verhandlungen Deutschlands. Eine Anleihe gibt es nicht, weder eine große noch eine kleine, und es ist auch offen gesagt worden, daß der Widerstand Frankreichs daran die Schuld trägt, daß die Welt in gernicht langer Zeit einen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch Deutschlands wird. Aber sich ergehen lassen müssen, wenn nicht die Hindernisse, die in der Haltung Frankreichs bestehen, befreit werden.

Der Bankierausschuss geht von der Bezeichnung seines Auftrages aus und verabschiedet noch einmal die Bedingungen, unter denen er die Arbeit begann, unter denen er sie zu Ende führen mußte. Da im Augenblick die Unterhandlungen mit Russen nicht fortgeführt werden können, hat er sich vertragt und zwar auf unbestimmte Zeit und sich nur für den Fall erneut zur Verfügung gestellt, daß eine einstimmige Einladung zu den Bedingungen, unter denen er seine Arbeit für ausführbar hält, in die Möglichkeit zur verantwortlichen Empfehlung seiner Überzeugung geboten wäre. Frankreich ist sehr vorsichtig behandelt. Die Finanziers haben keinen Anlaß, irgendeine einzurichten, aber trotzdem ist das Dokument - eine unangenehme Anklage gegen den Faktor der europäischen Politik, der es verhindert, daß die Weltwirtschaft wieder aufgebaut werden kann. Jede Möglichkeit einer Anleihe ist in Erwögung gezogen und besonders interessant ist es, was die Kritiker der Reparationen über eine kleine Anleihe sagen, die Deutschland nur eine kurze Atempause gewähren würde. Die deutsche Regierung hat alles Menschenmögliche getan, um für eine Übergangszeitliche Garantie zur Verfügung zu stellen, die die vorläufige Sicherheit gewährleisten würden. Der Bankierausschuss muß bekennen, daß eine solche kleine Anleihe Deutschland viel zu teuer zu haben kommen würde. Es ist damit das Urteil gerechtfertigt, daß die führenden Männer der deutschen Wirtschaft über die Interimslösung geblieben haben.

Es für den Augenblick unmöglich, eine internationale Anleihe zu verantworten, so hat der Bankierausschuss doch wenigstens die Frage der künftigen Möglichkeit von Anleihen untersucht. Das Deutschland seine öffentlichen Finanzen in Ordnung bringen muß, ist eine Selbstverständlichkeit, aber jedes Bemühen muß an der starken Reparationspolitik scheitern und insbesondere ist die Finanzsanierung Deutschlands keine rein deutsche Frage. Genauso wie Deutschland verantwortlich für die Unsicherheit der Reparationsverpflichtungen, deren Beseitigung die zweite wesentliche Bedingung nach Auffassung des Bankierausschusses ist. Nur auf das einstimmige Erkennen und zum Trotzen der alliierten Nationen wirken amerikanische Bankiers und Kapitalisten ein Interesse an dem Anlauf deutscher Schuldenverreibungen haben. Bloße Nachsicht bei der Erzwingung der deutschen Verpflichtungen genügt der Mehrzahl der Mitglieder des Komitees nicht, um auch nur die Frage der eigenen äußeren Verschuldung der Gläubiger Deutschlands einer Lösung näher zu führen. Die gegenwärtige Zeit an sich wäre für die Ausgabe bedeutender Anleihen so ähnlich, wie seit dem Kriege es niemals der Fall gewesen ist. Denn es würde die wirtschaftliche Wiederherstellung der ganzen Welt durch die allmäßliche Umwandlung der deutschen Schuld an Regierungen in eine Schuld an privaten Kapitalisten sicher gestellt werden können, welche nicht die ewigen Bedrohungen durch Sanktionen erhält, sondern sich auf den allgemeinen Kredit des Schuldnertaktes verlassen kann. Zum Schlus warnt der Bankierausschuss mit deutlichen Worten vor dem Zusammenbruch Deutschlands während der Dauer der Verhandlungen und spricht die Zuversicht aus, daß bei einer wirklichen Hoffnung auf eine endgültige Regelung in angemessener Frist eine kurzfristige Anleihe die internationale Lage retten könnte.

Frankreich muß wie überhaupt auch im Bankierausschuss eine Sonderrolle spielen. Der französische Sachverständige Sergeant hat das Dokument des Bankierausschusses nicht unterschrieben und ist der Meinung, daß es sich der Zuständigkeit des Komitees entziehe, eine neue Abgrenzung in den Verpflichtungen Deutschlands in Erwögung zu ziehen. Für Deutschland bedeutet dieses Gutachten das Ende der Erfüllungspolitik. Ohne eins Anleihe kann in ganz kurzer Frist der Zeitpunkt eintreten, an dem es nicht mehr in der Lage ist, die Goldabnahmen weiter zu leisten. Hierüber wird noch besonders eingehend zu sprechen sein. Denn angeblich der Ausichtslosigkeit in der Fortführung der Erfüllungspolitik könnte leicht eine Lage entstehen, wo die bisherigen Verantwortler der Methode nicht mehr die Verantwortung dafür übernehmen können. Deutschland trock aller übermenschlichen Bemühungen in schwerste politische Gefahren treiben zu lassen.

Gutachtung des Reichsbürgerrats.

Um Schluß seiner diesjährigen Tagung in Bremen fakte der Reichsbürgerrat einstimmig folgende Entschließung: "Die vierte Hauptversammlung des Reichsbürgerrats gedenkt in Treue und Dankbarkeit der um ihr Deutschland und ihre Heimat ringenden Brüder und Schwestern in Oberschlesien. Ganz Deutschland muß Oberschlesien darin unterstützen, daß dieses Land trotz der polnischen Propaganda deutsch bleibt, wie es seit Jahrhunderten deutlich war. Wir begrüßen daher die Bestrebungen des oberschlesischen Hilfsbundes und empfehlen seine Unterstützung in allen Teilen des Reiches."

Das Abkommen im Ruhrrevier abgelehnt.

Die am 11. Juni in Bochum abgehaltene Kreisversammlung der Bergarbeiterverbände lehnte das Abkommen der Verbandsvertreter mit dem Zechenverband abgelehnt. Das Abkommen sah eine durchschnittliche Rohnerhöhung von 25 Pfennig vor, davon 15 Pfennig aus einer Koblenzer Preisernahme und 10 Pfennig aus dem Mehrerlös der Förderung durch Überstunden. Es sollten vier Stunden Mehrarbeit in der Woche geleistet werden. An den Verhandlungen beteiligten sich der Reichsarbeitsminister Brauns und der Reichswirtschaftsminister Schmidt. Die Vertreter der Gewerkschaften empfahlen die Annahme des Vorschlags. In den Verhandlungen, die fünf Stunden dauerten, sprachen sich die Vertreter der Organisationen gegen das Abkommen aus, das mit 340 gegen 98 Stimmen verworfen wurde. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes bedauerte erstaunlich die Ablehnung und ermahnte zu strenger gewerkschaftlicher Disziplin. Es dürfte nicht zu Nutzen kommen. Im Saal wurden aufrechte Flugblätter verteilt. Auch mehrere Redner rieten zur Wahlprobe. Die Verbandsführer wollen neue Verhandlungen mit dem Zechenverband anstreben.

Der Bericht des Anleiheausschusses.

(Paris, 10. Juni. Das internationale Anleihekomitee trat heute vorzeitig um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die bis 12 Uhr dauerte. Es konnte die Schlussredaktion seines für die Reparationskommission bestimmten Beschlusses vollenden. Sodann vertagte es sich, ohne daß es irgendeinen Beschluß über seinen späteren Wiederzusammentritt fäste. Die Reparationskommission trat um 1 Uhr nachmittags zusammen, um den Bericht des Anleihekomitees zu prüfen.

Der Bericht ist in Form einer Denkschrift in englischer Sprache abgefaßt und der Presse übergeben worden. Er schildert zuerst eingehend die Bedingungen, auf Grund derer das Komitee berufen wurde, nämlich insbesondere zu prüfen:

1. Die Bedingungen, unter denen Anleihen aufgenommen werden könnten und den Zeitraum, der nach vernünftigem Erwissen in der nächsten Zukunft und insbesondere im Laufe der nächsten beiden Jahre erwartet werden könnte;

2. Die Sicherheit, die für die einzelnen Geldgeber verfügbar gemacht werden könnte, ohne das künftige Reparationsinteresse in unbilliger Weise an beeinträchtigen.

3. Die Art und Weise, in der die für den Dienst der Anleihe verständneten Einnahmen und sonstigen Werke überprüft und verwaltet werden sollen, und die Beziehungen, die zwischen der deutschen Regierung, den Vertretern der Geldgeber und der Reparationskommission zu schaffen sind.

Nerner wird noch einmal die Anfrage des Anleihekomitees an den Wiederherstellungsausschuß vom 1. Juni erwähnt, hinsichtlich der Tragweite der Bedingungen, insbesondere über der Auslegung der Verpflichtungen des Friedensvertrags und des Sonderer Ultimatum.

Nun schildert der Bericht seine Lage nach dem Erhalt der bekannten Antwort des Wiederherstellungsausschusses. Es heißt darin wörtlich:

"Nach Empfang dieser Antwort, die erstaunt, daß der Hauptgläubiger Deutschlands nicht wünschte, daß irgendeine Empfehlung erfolge, die die Möglichkeit neuer Begrenzungen von Deutschlands Verpflichtungen mit sich bringen könnte, beschloß das Komitee, daß es im Augenblick keine Untersuchungen mit Nutzen nicht fortsetzen könnte und daß es sich deshalb darauf beschränken müsse, eine Antwort auf die ursprünglich an es gerichtete, in einem einschöpferischen Sinne ausgestaltete Frage zu ertheilen und gleichzeitig seine Gründe für diese Entscheidung anzugeben.

Zunächst wünscht das Komitee seine eigene Stellung klarzumachen, daß die Möglichkeit eines Missverständnisses ausgeschlossen ist. Seine Mitglieder wurden durch einstimmigen Beschuß der Reparationskommission eingeladen, nach Paris zu kommen, um als Bankiers technischen Rat über die Bedingungen zu erteilen, unter denen eine auswärtige Anleihe von Deutschland aufgenommen werden könnte. Zu seinem Zeitpunkt haben sie den aeronautischen Wunsch gehabt, sich weitere Funktionen anzumaßen. Sie haben durchaus voll gewußt, daß die Erteilung technischen Rates nur einen Aspekt des Problems bilden würde, das von der Reparationskommission und von den alliierten Regierungen allein gelöst werden muß. Schon bei ihrem Zusammentreten waren die Bankiers im Komitee einmütig in ihrer Ansicht, daß sie bei Auslegung der für sie maßgebenden Bestimmungen in einem eingehältnissten Sinne für eine auswärtige Anleihe keine Aussicht bieten könnten. Einige Mitglieder waren jedoch der Meinung, daß, wenn die Kommission oder die Regierungen hinsichtlich der jährlichen Zahlungen, die sie von Deutschland zu fordern beabsichtigen, eine bestimmte Feststellung machen würde, als sie gegenwärtig vorhanden ist, die Aussichten einer derartigen Anleihe günstig erachtet werden könnten. Hätten die Mitglieder eine einmütige Aussicht erhalten, schätzten, welche Begrenzungen dieser Zahlungen nach ihrer Ansicht eine notwendige Bedingung für den auswärtigen Kredit sein würden, so wären sie froh gewesen, dem zu entsprechen. Derartige Begrenzungen wären jedoch nur als Bedingungen einer Anleihe empfohlen worden für den Fall, daß eine Anleihe gewünscht würde. Sie würden kein Urteil über die Beiträge mit sich gebracht haben, die die Kommission erzwingen könnte oder sollte, falls die Regierungen sich damit begnügen würden, auf jährliche Zahlungen zu warten, ohne diese vorher im Wege der Anleihe zu mobilisieren. Selbst wenn die Kommission oder die Regierungen die Ansicht des Komitees als vernünftig betrachtet haben würden, hätten sie volle Freiheit gehabt, sich dahin schließlich zu machen, auch weiter einer Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und einer entsprechenden Feststellung der Zahlungen von Jahr zu Jahr den Vorzug zu geben. Mit anderen Worten, jede etwa genannte Besserung hätte notwendigerweise eine Kündigung über die voraussichtlich größte Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern nur eine Ansicht über die Verträge dargelegt, welche nach Überzeugung der geldhabenden Kreise der Welt, die ihr Urteil unter all den ungewöhnlichen Erscheinungen der gegenwärtigen Lage bilden müssen, bekommt innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit liegen. Selbst so vorsichtig geschätzte Zahlungen würden noch sehr beträchtlich sein. Das Komitee erkennt an, daß die alliierten Regierungen trotzdem, selbst auf die Gefahr hin, die Anleihe an verlieren, den Wunsch haben könnten, solche Freiheit zu behalten, die gründende Jahreszahlungen zu fordern, welche Deutschlands wachsende Leistungsfähigkeit später möglich machen könnte. Die Regierungen hätten nicht nur volle Freiheit gehabt, eine solche Entschließung zu treffen, sondern eine solche Entschließung wäre auch in keiner Weise mit dem technischen Rat des Komitees unvereinbar gewesen. Nur hätte, wenn dieser Rat erfolgt wäre, eine Entschließung im Lichte klar dargelegter Möglichkeiten getroffen werden können.

Das Schlußwort des Berichts des Anleiheausschusses wird im Bericht wie folgt zusammengefaßt:

"Wenn das Komitee sich gezwungen sah, die Aussichten einer Anleihe bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands entwirgend zu beurteilen, so wünscht es als Schlußergebnis nicht weniger deutlich seine Überzeugung festzustellen, daß, sofern die notwendigen Bedingungen für die Belebung des deutschen Kredits verwirklicht werden können, ansehnliche Anleihen auf allen Hauptmärkten der Welt mit Erfolg läufig gemacht werden könnten. Rein finanzielle Bedingungen sind jetzt der Ausgabe solcher Anleihen entschieden günstig, günstiger als zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege. Das Komitee wünscht der Kommission zu versichern, daß es den ernstesten Wunsch hat, alles, was in seiner Macht steht, zu tun, um die Aufnahme solcher Anleihen zu fördern, wenn die Bedingungen, auf welche es verwiesen hat, sichergestellt werden können. Es ist sich in Innersten bewußt, welche weitgehende Hilfe für die wirtschaftliche Wiederherstellung der ganzen Welt durch die allmäßliche Umwandlung der deutschen Verpflichtungen aus einer Schuld an Regierungen in eine Schuld an privaten Kapitalisten geboten werden würde, welche sich wie andere öffentliche Schulden nicht auf andere Zwangsmittel (sanctions), sondern auf den allgemeinen Kredit des Schuldnertaktes gründen würden. Es ist allerdings der Meinung, daß die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen den Ländern und die

Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationszahlungen und anderer öffentlichen Schulden unmöglich ist. Wenn daher zu irgendeiner Zeit die Kommission in der Lage ist, durch einstimmige Entschließung die Einladung zu wiederholen, welche jetzt nur durch Mehrheitsbeschluß einer Auditedung erfahren hat, wird das Komitee sich freuen, wieder zusammentreten und die jetzt unterbrochene Untersuchung wieder aufzunehmen. Es kann nicht wissen, ob die alliierten Regierungen in der Lage sein werden, die notwendigen Bedingungen anzunehmen, aber für diesen Fall wiederholt es, daß es die Hoffnung hat, daß anfängliche Anleihen angenommen werden können. Endlich willst du das Komitee darauf hinzuweisen, daß in der Zwischenzeit das Komitee darauf hinzuweisen, daß während des Zeitraumes zwischen einer erneuten Einladung und dem Abschluß der folgenden Verhandlungen

Deutschlands finanzielle Lage

offensichtlich mit erster Gehobe bedroht ist. Weitläufige Verhandlungen über eine große und langfristige Anleihe können zu lange währen, wenn ihnen nicht sofortige Hilfe vorhergeht. Aber, falls das Problem unter den angeregten besseren Umständen und mit wirklicher Rücksicht auf eine endgültige Regelung erneut erwogen werden sollte, ist das Komitee der Ansicht, daß die Hindernisse, die gegenwärtig einer Anteilstreit entgegenstehen, sich wahrscheinlich nicht als unüberwindlich erweisen werden. Mit wirklicher Hoffnung auf eine endgültige Regelung innerhalb angemessener Frist würde es viel leichter sein, eine kurzfristige Interimsliefe auszuführen, in einem Maße, um Deutschlands Kredit vor dem Zusammenbruch während der Dauer der Verhandlungen zu bewahren. Das Komitee braucht dann hinzuzufügen, daß es unter diesen Umständen sich freuen würde, jede in seiner Macht liegende Unterstützung sowohl hinsichtlich einer derartig begrenzten Anleihe, als auch hinsichtlich des größeren und bedeutungsvollen Problems zu gewähren.

Erklärungen Morgans.

Aus Paris wird gemeldet: Morgan hat gestern abend vor einer Abreise der Presse eine Erklärung abgegeben, in der er u. a. sagte: "In der ersten Sitzung des Anleiheausschusses habe er ausgetauscht, daß in den Vereinigten Staaten kein Interesse für eine deutsche Anleihe an sich vorliege, jedoch erkenne man in den Vereinigten Staaten mehr und mehr, daß die eigene Blüte Amerikas in gewissem Grade von denjenigen der alliierten Länder abhängt, die ihrerseits wieder in hohem Grade von der Wiederherstellung des deutschen Kredits abhängig seien. Morgan sagte dann: Schon sei in den Beratungen des Anleiheausschusses eine Differenz zwischen dem englischen und dem französischen Wortlaut des Auftrags der Reparationskommission zutage getreten. Diese Differenz habe insofern einen entscheidenden Punkt berührt, als die französische Fassung den Anleiheausschluß unbedingt ein für allemal hinderte, ein Gutachten über den Zahlungsvorplan in einer jeglichen Gestalt abzugeben und in jedem praktischen Vorschlag über die Grundlage, auf der eine Anleihe für ein eventuell zahlungsfähiges Deutschland aufgebaut werden könnte, unmöglich mache. Dagegen ist der englische Wortlaut einer freieren Auslegung zugänglich gewesen. Morgan fand damit auf den bekannten Zwischenwegen zwischen dem Anleiheausschluß und der Reparationskommission zu reden. In der Zwischenzeit seien in Paris ähnliche Erklärungen in dem Sinne erfolgt, daß der Anleiheausschluß bestrebe, den Betrag der deutschen Reparationsverpflichtung herabzusetzen und daß die französische Regierung das nicht dulden könne. Der Anleiheausschluß habe aber, und damit sei er persönlich einverstanden gewesen, niemals angenommen, daß er Polizeimachten befehlen, von den Summen abzugeben, die die deutsche Regierung tatsächlich ein zu verfügen habe, er habe wohl gewußt, daß er nur erledigt worden sei, die Reparationskommission in bezug auf die Grundlage einer deutschen Anleihe zu beraten. Die Kapitalberatung der Reparationskommission leiten nicht erwartet worden. Zur Debatte habe nur eine etwaige Regelung der Jahreszahlungen gestanden. Diese Jahreszahlungen in vor oder in Waren stellten die einzige Methoden dar, mittels derer Deutschland seine gerechtfertigten Verpflichtungen erfüllen könne. Im weiteren Verlauf sei er dann zu dem bedauerlichen Schluß gezwungen, daß eine deutsche Anleihe von der unter den obwaltenden Umständen erforderlichen Art vom amerikanischen Kapitalmarkt nicht angeboten und aufgenommen werden könne. Morgan erklärte schließlich, er sei jetzt und werde auch weiterhin bereit sein, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um zur Lösung der Fragen beizutragen, denen das Wirtschaftsleben Europas gegenüberstehe, aber er nehme an, daß die Lösung, infolge sie von einer internationalen deutschen Anleihe unter amerikanischer Beteiligung abhängig sei, nicht ohne eine allgemeine Regelung der Reparationsfrage und nur als Bestandteil einer solchen Regelung möglich sei.

Das Urteil der französischen Presse.

Die gestrigen Pariser Morgenblätter stimmen in ihrer Entschließung über den Schlussbericht des internationalen Anleiheausschusses überein. Das Gutachten der Bankiers, sagt "Matin", bestätigt entschieden den deutschen Standpunkt, weil dieser den Interessen der internationalen Finanz entspricht. Dagegen bringt das Gutachten dem französischen Steuerzahler nichts. So haben wir uns zwar der Gefahr der Isolation ausgesetzt, aber es ist uns nicht gelungen, die einzige wirklich ernste Wendung der Dinge zu vermeiden, daß nicht ein Sachverständigen-Gutachten der zuständigen Bankiers der Welt unter Vorlage Belgien die französische Reparationspolitik sabotiert. "Globe de Paris" meint: Das Gutachten tue in London und in Washington nichts für die französische Regierung, dagegen schwäche es dadurch, daß es die Durchführung gewisser Maßnahmen unerlässlich mache, den Kredit Frankreichs in diesen beiden Hauptstädten noch mehr als bisher. Dem aufsässigen (!) Deutschland wiederum gebe es einen starken Rückhalt. Die Kundgebung der Bankiers sei trotz der finanziellen Vorwürfe, mit denen sie umgedeutet werde, rein politischen Charakters und müsse als gegen die Rechte Frankreichs gerichteter politischer Akt blossgehalten und abgelehnt werden. "Petit Journal" fragt, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn zuerst die alliierten Regierungen selbst die Reparationsfrage gründlich gerüttelt hätten, bevor man sie den Bankiers vorlegte. "Journal" erklärt: Frankreich hat gestern einen großen "moralischen" und Bergmann einen bedeutenden materiellen Sieg davongetragen. "Gaulois" schreibt: Die Bankiers geben zu verstehen, daß die Anleihe durchgeführt werden würde, wenn Frankreich bereit gewesen wäre, sie anders als durch das Mitroff seiner politischen und nationalen Sorgen zu betrachten. Diese Sorgen sind indessen gerechtfertigt. In jedem Falle stehen wir mehr als vor der verunsicherten Wall:

Moliere Aktion oder Versicht auf das Gauleibild der vollen Wiederherstellung. „De u're“ sagt: Wir stehen vor einer sehr deutlichen Erklärung, das Gto. Poincarès hat den guten Willen der Sachverständigen gekämpft. Wie in der russischen Frage, so beschreibt sich auch in der Debatte über die Reparationen Frankreich auf Proteste und glaubt seine Freiheit zu wahren, wenn es sich isoliert.

Englische Stimmen.

Zu dem aus Paris gemeldeten Beschluss des Panier-audjus, sich für drei Monate zu vertragen, nehmen darüber nur wenige Blätter Stellung. „Daily News“ betont diesen Beschluss als ein ernstes Ereignis. Jetzt werde die Lage in bezug auf Deutschland unmittelbar beruhigend. Deutschland habe die Annahme der Forderungen der Reparationskommission von einer Deutschland zugute kommenden Unschuld abhängig gemacht. Jetzt, wo die unmittelbare Aussicht auf diese Hilfe geschwunden sei, sei ein deutsches Versäumnis wahrscheinlich, obgleich die deutsche Regierung es vielleicht möglich machen werde, in der Zeit bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen weitere Zahlungen zu leisten. „Daily Express“ schreibt, die Forderungen Frankreichs auf Streichung der alliierten Kriegsschulden bedeuten unmissliche Oster von Seiten Amerikas und Großbritanniens. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei jeder sentimental Erniedrigung in bezug auf die den Vereinigten Staaten geholbten Summen entzissen abgenutzt. Sowohl Großbritannien wie Frankreich komme, sei der Vorschlag, daß es keinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten sollte, unbedenklich.

Ein internationaler Untersuchungsausschuß über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Der „Tempo“ schlägt im Anschluß an seine Besprechung des Berichtes des Anleihenausschusses vor, daß die Reparationskommission einen internationalen Untersuchungsausschuß einsetze, bestehend aus je einem Delegierten der Finanzverwaltung und einem beauftragten Bankier der reparationsberechtigten Länder und der hauptsächlichsten neutralen Staaten. Der Untersuchungsausschuß solle sich nach Deutschland begeben und dort einige Wochen arbeiten. Sämtliche Informationsquellen sollen ihm offen stehen. Er solle seine Arbeiten mit einem Bericht an die Reparationskommission abschließen, in dem er sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Möglichkeit ausspricht, es mit Hilfe von Kreditoperationen in seinen Zahlungen zu unterstützen.

Ein Plan zur dauernden Sanierung des Geldes.

Aus Paris wird gemeldet: In einem Bericht, der bei einer Sitzung des Geldwochenendes verlesen wurde, erörterte der frühere Minister François Maréchal einen Plan zur dauernden Sanierung des Geldes. Er erklärt, es sei vorgegeben, zu kosten, daß die Anstrengungen, die man von den Franzosen verlangt, somit geben, um Frankreich zu retten, aus eigenen Mitteln die Verstörungen aus der Welt zu schaffen, die der Krieg ihm beigebracht hat. Selbst eine Kapitalsabgabe, die im übrigen praktisch unmöglich ist, könne diese Quellen nicht erschließen, die Deutschland durch die Reparationen aufzutragen soll. Der Minister Maréchal kommt dann auf seine fiktive Reise nach Deutschland zu freuden und lädt sich über deren Ergebnis wie folgt aus: Wenn die finanziellen Verhältnisse des Reiches wirklich tief erschüttert sind, dann sind die wirtschaftlichen Möglichkeiten der deutschen Bürger seit 1914 wesentlich besser geworden. Zahlungsmöglichkeiten zugunsten der Alliierten bestehen in Wirklichkeit, und nur die Widerwendigkeit Deutschlands kann zum Vorwand dienen, nicht zu bezahlen (v.).

Die englische Antwort auf das Memorandum Poincarès.

Aus Paris wird gemeldet: Der englische Botschafter hat, wie Havas mitteilt, am Quai d'Orsay die Antwort seiner Regierung auf das Memorandum Poincarès, betreffend die Haager Konferenz, überreichen. Nach der in der Note ausgesprochenen Ansicht der englischen Regierung traut das französische Memorandum nicht genügend den Verhältnissen von Cannes und Genua Rechnung. Von den Sowjets die vorherige Zurückziehung des Finanzenmemorandums vom 11. Mai zu verlangen, liege nach der Note kein Anlaß vor. Im zweiten Teil der Note wird auf Grund der Bedingungen von Genua der Grundsatz aufgestellt, daß das Privatengagement zurückstehen, andernfalls zum Gegenstand einer tatsächlichen Kompenstation gemacht werden müsse. Man darf jedoch von Russland in dieser Beziehung nicht mehr verlangen, als von irgend einer anderen Regierung und man müsse auch dem Grundsatz der Souveränität Rechnung tragen. Die englische Regierung verlangt im dritten Teil der Note eine praktische Regelung der russischen Schuldenfrage und erklärt es für notwendig, die russischen Kriegsschulden zum Teil herabzuziehen. Die englische Note erklärt schließlich, daß von einer „Kapitulation“ Europas nicht die Rede sein könne.

Besuch des Reichspräsidenten in München.

Wie die „Montagspost“ zu dem Besuch des Reichspräsidenten Oberi in München meldet, trifft der Reichspräsident am heutigen Montag früh um 8.50 Uhr in München ein und wird am Bahnhof von Ministerpräsident Graf Lerchenfeld und Landtagspräsident Königsbauer offiziell empfangen. Außerdem werden Vertreter der Reichs- und Landesbehörden anwesend sein. Als bald nach der Ankunft wird der Reichspräsident dem Gesamtstaatsministerium und dem Landtag einen Besuch abhalten. Abends findet ein Empfang im Saale des alten Rathauses statt, zu dem etwa 400 Personen geladen sind. Am Dienstag besichtigt der Reichspräsident das Walchenseekraftwerk und lädt dann nach Freudenstadt zurück.

Einer Einladung des Reichspräsidenten folgend, trafen Sonnabend Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau zusammen mit dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Gieber aus Stuttgart in Freudenstadt ein. Der Reichskanzler und Dr. Rathenau fuhren gegen Abend nach Baden-Baden weiter. Der württembergische Landes- und Arbeitsminister Kell und der bayerische Gesandte in Stuttgart Dr. Tischer hatten am Sonnabend in Freudenstadt eine Zusammenkunft mit dem badischen Finanzminister Dr. Höller und dem bayerischen Minister des Inneren Klemme zur Besprechung wirtschaftlicher Fragen.

Zusammentreffen zwischen Reichswehr und Kommunisten in Königsberg.

Aus Königsberg wird gemeldet: Sonnabend mittag ist es bei Gelegenheit einer Unruhe der Kommunisten gegen die Kundgebung, welche die Krieger- und Militärveterane aus den Bezirken Königsberg und Gumbinnen, sowie die Studentenschaft und zahlreiche andere Männer- und Frauenvereine auf dem Deutschen Platz zu Ehren des Generalfeldmarschalls von Hindenburg veranstalteten, zu einem Zusammentreffen zwischen einer Abteilung Reichswehr und Kommunisten gekommen. Ein Trupp Kommunisten hatte die polizeilichen Absperrungslinien am Königsplatz durchbrochen und war in Richtung nach dem Deutschen Platz gesessen. Bei den letzten Häusern von Ralchhof wurden die

Kommunisten indessen von der Schuppolizei am weiteren Vordringen zum Deutschen Platz gehindert. Auf die Aufruhrforderung ihrer Führer hin traten sie den Rückmarsch nach der Stadt an. Hierbei kam es zu dem erwähnten Zusammentreffen mit einer Abteilung Reichswehr, bei dem fünf Personen verletzt wurden, darunter eine tödlich.

Das Wehrkreiskommando Königsberg teilt mit: Bei dem Anmarsch der Truppen des Standortes Königsberg an der militärischen Parade für den Generalfeldmarschall von Hindenburg auf dem Kasernenhof der Pionier-Kaserne wurden auf den mit dem Volkspräsidium vereinbarten beiden Anmarschräumen die Truppen und einzelne Offiziere und Mannschaften von linksbündigen Teilnehmern einer gegen den Reichspraesidenten der Kriegervereine um, auf dem Deutschen Platz eindringenden Demonstration aufs grausame beleidigt und tödlich angegriffen. Ein Parker planmäßiger Angriff richtete sich gegen die zweite Abteilung des Artillerieregiments 1 in der Königsallee, offenbar mit der Absicht, die Truppen zu entwaffnen. In dem entstehenden Handgemenge wehrte sich jedermann, wo er angegriffen wurde, teilweise mit dem Koffer, teilweise mit dem aufgespannten Seitengewehr, einzelne besonders bedrängte Deutsche mit der Schußwaffe. Es wurden etwa 15 Schuß abgefeuert. Erst nach dem Gebrauch der Schußwaffe stoben die Demonstranten auseinander. Nach Mitteilung der Polizei in eine Bißverletzung durch einen Revolver abgetötet, vier Demonstranten durch Überhauptshüte verwundet. Der Rückmarsch der Truppen von der Parade vollzog sich reibungslos.

Aus Überseelien.

Das an der Eisenbahnstrecke Ratibor—Kandratz gelegene Dorf Diersgau wurde in der Nacht zum Sonnabend von einer etwa 20 Mann zählenden stark bewaffneten Bande überfallen. Drei Gemeindewohlbefürer wurden erschossen. Der Gemeindewohlführer wurde durch einen Streifschuß verletzt. Darauf unternahm die Bande einen Plunderangriff durch das ganze Dorf.

In Beuthen wurde Sonnabend abend eine Aktivistin, wie es sich später herausstellte, ein italienischer Offizier, von einer französischen Patrouille ohne Grund bestellt. Die Patrouille schoß später aus einem Haub, wobei der Offizier Ton aus Bismarckstahl durch einen Halsschuß getötet wurde. Donnerstag schossen zwei französische Offiziere auf die Arbeiter Nikolai und Karmenski. Der eine Arbeiter erhielt einen Geschäftsschuß und erlag bald seinen Verlebungen, der zweite wurde schwer verletzt. In der Nacht zum Sonnabend kam es in Beuthen und besonders in der näheren Umgebung der Stadt zu kurzen anhaltenden Gewehr- und Revolverbeschleichen. Auch das Gefolge von Maschinengewehren und Detonationen von explodierenden Handgranaten waren deutlich vernachlässigbar.

Die konservativen deutschen Parteien werden sich in einem Aufzug an die Bevölkerung und bitten, keine Vergeltungsmaßnahmen gegen den revolutionären Terror zu ergreifen, aber baldige Übergabe an die beiden Regierungen zu fordern, damit diese für die Sicherheit und Wohlfahrt ihrer Staatsangehörigen Sorge tragen können.

Nach der „Ostdeutschen Morgenpost“ wurde in Beuthen eine Organisation entdeckt, die unbedingt unter dem Deckmantel des Schuhgeschäfts auf Raub und Plünderei ausging, im Zusammenhang damit auch Drohbriefe versah und sich als Räumungskommission ausgab. Bissher konnten 18 der Bande angehörige Jungen im Alter von 18 bis 28 Jahren verhaftet werden.

In dem Tagebericht der Räuberkommission vom 9. d. M. heißt es: Leider hat sich die Sache in Überseelien noch nicht geändert. Von Hindenburg wird gemeldet, daß vor etwa drei Tagen die Goldgrube von Truppen besetzt worden ist. Der Betriebskonferenz beschloß, beim Kreiskontrollleur vorstellig zu werden und die Durchsuchung der Beflagung zu erwirken.

Die Unterstreichung eines angeblichen Zwischenfalls mit den Truppen wird bergamisch erlossen. Der Streik hat sich inzwischen auf die Königin Luise-Grube ausgedehnt. Die wilden Gerüchte und der Zugang von Flüchtlingen von Städten und den umliegenden Gruben wirken stark unruhigend auf die Arbeiterschaften. In Lauterbach und anderen Städten geht der Räumungskrieg weiter. In Kennewitz (Kreis Niednits) sind 15 Verhaftete nach Verbündungen mit der Antillenkommission entlassen worden. Infolgedessen hat die Belegschaft heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

Auf Veranlassung der Interalliierten Kommission wurde mit dem gestrigen Tage über den Stadts und Landkreis Ratibor der Belagerungsstand verhängt.

Die Besprechungen in Belgrad.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Belgrad verlautet dort aus zuverlässiger Quelle, daß die Staatsmänner der kleinen Entente in ihren Besprechungen aus Anlaß der Hochzeit des Königs Alexander sich über die Grundlage eines Bündnisses und einer allgemeinen Militärkonvention verständigt hätten, die Rumänien, Tschechoslowakei und Jugoslawien ihre derzeitigen Grenzen in Mitteleuropa und auf dem Balkan den status quo sichern sollen. Der Beitritt Bolzens sei ins Auge gesetzt worden.

Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung.

WLB. meldet: Das deutsche Friedenskästchen, die große Vereinigung der 15 führenden deutschen positivistischen Gesellschaften, hat zu einer Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung am gestrigen Sonntag in den Sitzungssaal des deutschen Reichstags in Berlin geladen, der zur seitgelebten Stunde mit den Tribünen fast bis zum letzten Platz gefüllt war. In Erwideration eines Besuches von Mitgliedern des Bundes „Neues Vaterland“, der jetzt „Deutsche Liga für Menschenrechte“ heißt, waren für die französische Liga der Menschenrechte gekommen erstmals ihr 80jähriger Präsident, der frühere Unterrichtsminister Ferdinand Guiffon, ihr ältester Vizepräsident Professor Viktor Basch, der Rechtsgelehrte Bouglé von der Sorbonne, der eben von Prag kommt, und der sozialistische Abgeordnete Renaudel, die alle das Wort ergreiften. Von Deutschen sprach der Vorsitzende, Herr von Gerlach, der Reichstagspräsident Voelbe, Graf Harry Kegler, Professor Einkelman und der Vorsitzende des Bundes entschiedener Schulreformer, Ostwald, der von Mainz kommt.

„Gloria à la guerre“, rief dem Kriege, das war das Motto der Versammlung, und es wurden für dieses Ideal zum Teil ganz leidenschaftlich erregte Reden gehalten, die auch in den Zuhörern eine leidenschaftliche Erregung auslösten. Von den französischen Rednern wurde vor allem betont, sie kämen hierher als Sprachrohr der Gefühle der breiten Massen des französischen Volkes, um zur Lösung des furchtbaren schwierigen Problems beizutragen und wendet sich an alle diejenigen, welche die Religion des Rechtes wollen. Die Welt könne Deutschlands und Frankreichs nicht entrinnen. Und die beiden sich ergänzenden Civilisationen müßten sich deshalb vereinen. Vor dem Kriege sei man schon gut auf dem Wege gewesen. Jetzt gäbe nach der Katastrophe allerdings ein Abgrund, der überbrückt werden müsse und überbrückt werden würde. Grundlagen des dauernden Friedens seien die endgültige Regelung der Reparationen, die Überprüfung und der allgemeine Wölterbund, in den vor

allen und sicher Deutschland eintreten müßte. Die großen Massen der Arbeiter, der Handarbeiter wie der geistigen Arbeiter, müßten die Weile der neu zu schlagenden Brüder werden. In Frankreich unterscheidet man zwischen den beiden Deutschen und will die Siege der jungen deutschen Demokratie zu feiern. Aber andererseits kann man auch mit gutem Gewissen sagen, daß das französische Volk auch seine imperialistischen Träume habe.

Von den deutschen Rednern wurde betont, daß die breiten Massen des deutschen Volkes in ihrer großen Wehrhaftigkeit erfüllt seien von dem guten Willen für den dauernden Frieden wie von dem guten Willen für die Erfüllung der Reparationen, soweit das in den Rechten des deutschen Volkes liegt. Die deutschen Befürworter wollten das, weil sie freiwillig an dem Ausbau des neuen Europa's mitarbeiteten wollen, zu dem auch ein blühendes Frankreich gehört. Freilich dürfte nicht der Eindruck erweckt werden, daß die deutschen Leistungen nicht dem Wiederaufbau Europas, sondern zweiten eines fremden Imperialismus zu dienen hätten. Deshalb hängt die Frage der Reparationen eng zusammen mit der Frage der Überlösung. Das kleinere Frankreich müßte gegenüber dem größeren Deutschland seine Sicherheiten bekommen durch internationale Verträge, die jedes Volk unter den Schutz aller übrigen Völker zu stellen in Europa stellt. So sei die logische Fortsetzung alles dessen die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa und ein allgemeiner Wölterbund.

Die ersten Kundgebungen wird im Deutzer-Vereinshaus am Alexander-Platz am Dienstag abend eine zweite Kundgebung folgen, in der von den Franzosen vor allem Renaudel spricht.

Tagesgeschichte.

Republik Österreich.

Besuch im Burgenland. Bundespräsident Hainisch, Bundesfänger Seipel und Bischöflicher Brantl, die Freitagabend ins Burgenland gereist waren, erhielten überall Beweise der Treue und mußten entgegen dem Programm in allen Ortschaften auf Wunsch der Bevölkerung Halt machen. Diese brachte ihre Freude über den Besuch mit. Der Bundespräsident dankte für die Versicherungen der Treue. Besonders herzlich gestaltete sich der Empfang in Deutsch-

Griechenland.

Die Beschiebung des türkischen Hafens Samiun. Zu der Beschiebung des Hafens Samiun durch die griechische Flotte teilte das griechische Marineministerium mit, daß der Grund der Beschiebung die Tatsache gewesen sei, daß sich in Samiun große Munitions- und Minendepots befinden, und daß die Stadt einen ganz bedeutenden Stützpunkt der türkischen Flotte im Schwarzen Meer bildete. Von Samiun aus hätten türkische Schiffe wiederholt Handelsfahrzeuge angegriffen und Seeräuber getrieben, wodurch der Verkehr zwischen den griechischen und türkischen Häfen behindert worden sei. Die Beschiebung sei unter Beachtung der völkerrechtlichen Vorschriften eingeleitet worden und habe das ihr gesteckte Ziel, die Verstörung der Munitionsdepots erreicht. Die Verleie zwischen den griechischen und türkischen Häfen könne nunmehr wieder aufgenommen werden. Ein Beweis für die humane Durchführung der Beschiebung sei es, daß Menschen nicht ums Leben gekommen seien.

Spanien.

Die Frage der Aufhebung der Offizierslizenzen. Der König traf Freitag aus Barcelona, wo ihm bei der Abfahrt begleitete Kundgebungen dargebracht worden waren, wieder in Madrid ein. Der Präsident des Senats erklärte in der Senatsitzung unter dem Beifall des Hauses, er glaube die heutige Stimmung durch die Erklärung Ausdruck zu geben, daß der Senat willt, die Worte des Königs, der in Barcelona unter Hinweis auf das vorbildliche deutsche Heer, daß 1868 und 1870 das Reich erkämpft, für strengste Disziplin einzutragen, in Bronze gegossen zu sehen. Die liberale Presse erwartet nunmehr die Aufhebung der Offizierslizenzen durch die Regierung.

China.

Eine Erklärung der Kantoner Regierung. Der Minister des Innern der Kantoner Regierung teilt offiziell mit, daß Südhinau es ablehnen wird, mit der neuen Völkerregierung für die Einigung Chinas zusammenzuarbeiten.

Japan.

Der neue Ministerpräsident. Admiral Tomosaburo Kato hat die Ernennung zum Ministerpräsidenten angenommen.

Hallo!

Ich brauche leichte Sommerstoffe in
Leinen
Baumwolle
Halbwolle
Wolle.

Wo gehst du hin?

Zu

Riedel
Ecke Goethe- u. Schützenstr.